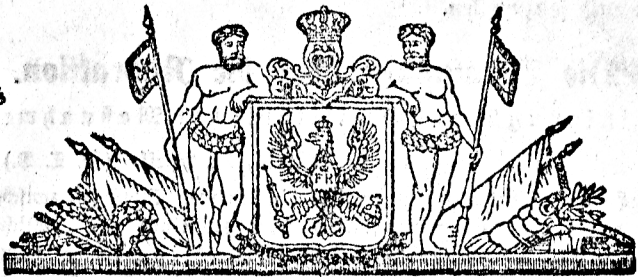


Wirtschaftliche



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (u. Ausg. d. Handl.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postcheckkonto Berlin 660

Illusionsgewinne der Industrie.

Von

Dr. Felix Bernstein,

Professor an der Universität Göttingen.

Die anscheinend günstigen Abschlässe der deutschen Industrieunternehmen des letzten Jahres haben einen vollkommen verkehrten Eindruck von unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hervorgerufen.

Die Ursache dafür liegt in der Verwechslung der volkswirtschaftlichen mit der privatwirtschaftlichen Rentabilität. Der Unterschied besteht und ist eine Folge der noch weiter geführten Zwangswirtschaft, insbesondere auf dem Gebiet der Wohnungsmieten und Brotversorgung. Ein Beispiel wird das verdeutlichen. Nehmen wir ein Werk, etwa eine Schiffswerft von 2500 Arbeitern und Angestellten, also etwa 2250 Arbeiter und 250 Beamte. Das Aktienkapital, das im Frieden vier Millionen Mark betragen haben mag, möge jetzt 10 Millionen Mark betragen. Die Friedensmiete möge für den Arbeiter 30 Mark pro Monat, für den Beamten 60 Mark pro Monat durchschnittlich betragen haben.

Wenn die richtige Miete im Sinne der volkswirtschaftlichen Bilanz erhoben würde, so muß die vierzehnfache Verteuerung der Baukosten für Neubauten in Betracht gezogen werden. Bei Annahme gleichbleibender Bodenpreise und wenig gesteigerner allgemeiner Unkosten muß die Miete immerhin das Zehnfache der Friedensmiete sein, d. h. sie muß für den Arbeiter 3600 M., für den Beamten 7200 M. betragen. Wenn man die gegenwärtige Arbeitermiete mit 60 Mark pro Monat, die Beamtenmiete mit 100 Mark pro Monat ansetzt, und also 600 M. bezüglich 1200 M. in Abzug bringt, so werden also infolge der Zwangswirtschaft jährlich 3000 M. für die Arbeiterwohnung und 6000 M. für die Beamtenwohnung der Verzinsung und Erhaltung des in den Häusern stehenden Kapitals entzogen. Die Gesamtsumme dieses Defizits beträgt nach unmittelbar sich ergebender Berechnung 8,25 Millionen M. jährlich, d. h. rund 80 v. H. des Aktienkapitals. Zu dieser Folge der Zwangswirtschaft gesellt sich eine zweite aus den Zuschüssen zur Verbilligung der Brotversorgung herrührend. Nehmen wir pro Kopf einen Zuschuß von jährlich 200 M., so wird, eine vierköpfige Familie vorausgesetzt, ein Zuschuß von zwei Millionen M. anzunehmen sein. Insgesamt werden also noch einmal 20 v. H. des Aktienkapitals durch einen Staatszuschuß, der volkswirtschaftlich ein Defizit darstellt, geliefert.

Das Ergebnis dieser Betrachtung ist, daß ein solches industrielles Unternehmen, das nicht unter der jetzigen Zwangswirtschaft einen Reingewinn von wenigstens 100 v. H. des Aktienkapitals erbringt, volkswirtschaftlich unrentabel ist.

Die Rechnung wird etwas zugunsten der gefundenen Ziffer verändert, wenn man bedenkt, daß auch die Neubaukosten, die wir als die vierzehnfachen der Friedenskosten angenommen haben, bei Aufhebung der Zwangswirtschaft der Mieten steigen müßten. Sie wird zuungunsten der gefundenen Ziffer verändert, wenn man annimmt, daß in der Friedensmiete ein volkswirtschaftlich unnötiger privatwirtschaftlicher Gewinn von etwa 10 v. H. enthalten ist. Die Ziffer von rund 100 v. H. wird daher im Mittel solcher und ähnlicher Korrekturen nicht wesentlich verändert werden.

Wenn man mit diesen Tatsachen die Ergebnisse solcher und ähnlicher deutscher Industrieunternehmen vergleicht, wenn man ferner berücksichtigt, daß die meisten Unternehmen nicht einmal privatwirtschaftlich die richtigen Rückstellungen für das Erneuerungskonto, das der Erhaltung ihres im Gebäude und den Maschinen stehenden Kapitals dient, machen, weil sie sich noch immer in einer durch die allgemeine Lage nicht gerechtfertigten Hoffnung auf Besserung der deutschen Mark bewegen, so erkennt man das Bild der Wirtschaftlichkeit.

Durch die geschäuferte Begünstigung infolge der Zwangswirtschaft ist unsere Industrie im letzten Jahre wieder in den Abstieg auf dem Weltmarkt gekommen, und das ist zweifellos begründenswert. Daß aber auf die Dauer eine solche Begünstigung, die ein Raubbau am Hauskapital zugunsten des Industrietapitals bedeutet, nicht aufrechterhalten werden kann, sondern mit der fortschreitenden Entwertung und dem schließlichen Zusammenbruch der Wirtschaft enden muß, ist ebenfalls klar. Die Wohnungsnot wird steigen. In Groß-Berlin droht schon in diesem Jahre der größte Teil der Dachwohnungen unbenutzbar zu werden. Der Tag naht, wo die Wohnungsgrenze an dem Nerv des Wirtschaftslebens rührt. Es ist sicher, daß ein großer Teil der Märkte, auf welchen

unsere Industrie im letzten Jahre konkurrenzfähig gewesen ist, volkswirtschaftlich nur mit Verlust besetzt worden sind und daß eine nicht geringe Zahl von Industrieunternehmen überhaupt nicht volkswirtschaftlichen Nutzen erbringen können, besonders diejenigen, die auf Grund der künstlichen Verhältnisse errichtet bzw. auf Grund dieser ihre Produktion eingerichtet haben.

Es ist höchste Zeit, den wahren Stand der Dinge aufzuzeigen, und gegenüber der glänzenden Seite der Gewinne

des Industrietapitals die Reihseite der Verluste des Hauskapitals aufzudecken und damit aufzuklären, was es mit den angeblichen deutschen Industriegewinnen für eine Bewandnis hat. Sie sind zum großen Teil Zerlegungsgewinne einer kranken Volkswirtschaft. Sie sind der Niederschlag einer teilweisen Rückströmung in den großen Verluststrom, welcher infolge der fortschreitenden Selbstwertung des Substanz unseres Volkvermögens zu unwiederbringlichen Teilen ins Ausland hinausgeschwemmt.

Ultimatum oder sofortiger Einmarsch?

England wünscht noch „eine dringende Aufforderung“.

Briand für Verhandlungen nach der Ruhrbesetzung.

Paris, 30. April. (W. T. B.)

Havas meldet aus London: Der englische Kriegsminister hat gestern vorgeschlagen, an die deutsche Regierung eine dringende Aufforderung zu richten mit einer Woche Frist, 42 Jahreszahlungen von je 2 Milliarden Goldmark anzunehmen sowie veränderliche Jahreszahlungen in Höhe von 25 v. H. der deutschen Ausfuhr.

Loucheur bekämpfte diese Anregung. Seine Ausführungen beeinflussten die Engländer aufs lebhafteste. Die Belgier setzten sich für die Aufrechterhaltung der Pariser Bestimmungen ein. Briand wird morgen die Notwendigkeit unserer züglicher Maßnahmen vertreten. Erst in der Folge könnten die Verbandsregierungen einen letzten Schritt der Versöhnung tun, indem sie das vorgeschlagene Ultimatum an Deutschland richteten. Wahrscheinlich wird dieses Vorgehen denn auch zum Schluß angewandt werden.

Den gleichen angeblichen neuen Reparationsplan Englands, den Havas als Anregung des englischen Kriegsministers mittelst, entwickelt auch Pertinax im „Echo de Paris“. Er sagt, auf Veranlassung von Lloyd George sei von dem Kriegsminister Worthington Evans, dem Kolonialminister Winston Churchill und dem Minister für Indien Montagu ein neuer Reparationsplan ausgearbeitet worden, von dem man schon am letzten Sonntag in Dypne gesprochen habe, den aber Briand nicht hätte annehmen wollen. Dieser Plan bestehe darin, von Deutschland 42 feste Jahreszahlungen von je 2 Milliarden Goldmark zu verlangen, wozu nicht feststehende Jahreszahlungen kämen, bestehend aus 25 Prozent vom Betrage der deutschen Ausfuhr.

Sollten diese Bedingungen nicht angenommen werden, dann sehe der Vorschlag vor, Deutschland ein Ultimatum von sieben Tagen zu übermitteln. Pertinax fügt hinzu, daß in einer Beratung, an der Belgier, Engländer und Franzosen teilnahmen, Minister Loucheur in Erwartung des genannten Vorschlages die französische Stellungnahme gekennzeichnet habe. Sie bestehe in dem Urteilspruch der Reparationskommission, d. h. in der Festsetzung der deutschen Schuld auf 132 Milliarden Goldmark.

Das Programm der Londoner Konferenz.

London, 30. April. (W. T. B.)

Heute nachmittag, wahrscheinlich um 4 Uhr, findet die erste Sitzung des Obersten Rates statt zur Beratung der Lage, die dadurch entstanden ist, daß Deutschland nach Ansicht der Alliierten seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, und zur Erörterung der weiteren Schritte, die die Alliierten unternehmen wollen, um Deutschland zu zwingen, ihren Forderungen stattzugeben.

Paris, 30. April. (W. T. B.)

Nach Pertinax im „Echo de Paris“ stehen sechs verschiedene Punkte auf der Tagesordnung des Obersten Rates:

1. Die Frage des Ultimatums: Hier sei der Standpunkt der Franzosen, daß das Datum des 1. 5. schon an und für sich eine Art Ultimatum darstelle.
2. Das Abkommen von Paris: Die Engländer wollten seine Forderung herabsetzen, die Franzosen darüber hinausgehen, um auf das Niveau zu gelangen, das die Reparationskommission festgesetzt habe.
3. Die Frage der 12 Milliarden Restschuld aus Artikel 235.
4. Die Besetzung des Ruhrgebietes, das französischerseits nicht als ein Druckmittel sondern als ein dauerhafte Pfand für die regelmäßige Erfüllung der Verpflichtungen, die Deutschland unterzeichnet habe, angesehen werde. In London glaube man jedoch nicht, daß die Verbündeten in der Lage sein werden, mit Ruhen das Ruhrgebiet auszubenten.
5. Seien die Einzelheiten der Besetzung des Ruhrgebietes vorgelesen.

6. Abgesehen davon ständen die belgischen und französischen Minister auf dem Standpunkt, daß die Besetzung nicht nur wegen schlechtem Willens in der Reparationsangelegenheit, sondern auch wegen Verweigerungen in der Entwaffnungsfrage erfolgen müsse.

Die Umbildung des Kabinetts.

Das Rücktrittsgesuch Dr. Simons abgelehnt.

Der Presse ist heute über die Krise im Kabinett die folgende amtliche Mitteilung gemacht worden:

„Es ist richtig, daß der Minister für auswärtige Angelegenheiten vor einiger Zeit dem Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch vorgelegt hat. Maßgebend für diesen Entschluß des Außenministers war sein Eindruck über die Stellungnahme der deutschen öffentlichen Meinung zu seiner Politik. Mit Rücksicht auf die von ihm eingeleiteten Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten hatte sich der Minister bereit erklärt, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen. Der Reichspräsident hat das Gesuch abgelehnt, da nicht nur das Kabinett geschlossen die Fortführung der durch den Reichsminister des Auswärtigen begonnenen Verhandlungen mit Amerika billigt, sondern auch die Reichstagsdebatte gezeigt hat, daß die Volkvertretung in ihrer großen Mehrheit deren Fortführung wünscht.“

Diese Mitteilung gehört zu den vielen Merkwürdigkeiten der Pressepolitik des augenblicklichen Kabinetts. Bis gestern Abend war eine Ablehnung des Rücktrittsgesuches des Außenministers durch den Reichspräsidenten nicht erfolgt. Wenn sie heute erfolgt ist, so ist der Zweck nicht recht ersichtlich. Sollte damit beabsichtigt sein, die Krise aufzublenden und die Umbildung des Ministeriums zu verhindern, so liegt das weder im allgemeinen Interesse, noch entspricht es den ziemlich deutlich zum Ausdruck gekommenen Wünschen der Parteien. Wir werden auf den augenblicklichen Stand der Dinge zurückkommen.

Die Beratungen in Prag.

Keine Militäraktionen.

Die Nachrichten, die in den letzten Tagen vorlagen, wonach die tschecho-slowakische Regierung die Teilnahme der Tschecho-Slowakei an der Durchführung der Sanktionen vorbereite, haben in Deutschland teilweise zu der Annahme geführt, daß dabei irgendwie an militärische „Sanktionen“ zu denken sei. Von unterrichteter Seite wird uns diese Auslegung der Meldungen auf das bestimmteste als falsch erklärt. Es handele sich bei den Beratungen des Prager Kabinetts lediglich um die Frage der Abgaben auf die deutsche Ausfuhr. Es ist bekannt, daß sehr starke Strömungen in der Tschechoslowakei sich gegen diese, das tschechoslowakische Wirtschaftsleben schwer schädigende Maßregel auflehnten. Die starken Bedenken bestehen auch nach wie vor weiter, und man darf wohl darauf rechnen, daß die Tschechoslowakei so lange, wie es ihr irgend möglich bleibt, die Sinauschiebung der Durchführung der Sanktionsmaßnahmen aufrechterhalten würde.

Washington hat noch Hoffnung.

Ab Paris, 30. April.

Eine Havasmeldung aus New York vom 29. April besagt, nach der allgemeinen Auffassung wäre die Wiedergutmachungsfrage der Hauptberatungsgegenstand des heutigen Kabinettsrates in Washington gewesen. In gewissen Kreisen erwartet man, daß die deutschen Vorschläge noch derart abgeändert werden, daß sie für die Alliierten zur Wiederaufnahme neuer Verhandlungen annehmbar werden.

Wie wir kurz vor Schluß des Blattes hören, ist beim Berliner Geschäftsträger der Vereinigten Staaten noch keine Antwort aus Washington zur Weiterleitung an das Auswärtige Amt eingetroffen.